



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/827

Der Bildungsausschuss hat sich mehrfach mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 10. September 2010 überwiesenen Antrag Drucksache 17/827 befasst, zuletzt am 2. Dezember 2010. In dieser Ausschusssitzung haben die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag vorgelegt (Umdruck 17/1603).

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/827 abzulehnen. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Umdruck 17/1603 zu übernehmen und ihm zuzustimmen. Dieser lautet:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich dafür aus, die Zuständigkeit für die Landeszentrale für politische Bildung zukünftig dem Landtag zuzuordnen.“

Hans Müller
Stellv. Vorsitzender